

Beeinflussen Parteien die Sozialausgaben auf Gemeindeebene? Eine quantitative Analyse Oberösterreichs Gemeinden¹

Thomas Pilgerstorfer, pilgerstorfer.t@akooe.at

Johannes Kepler Universität, Arbeiterkammer Oberösterreich

1 Einleitung

Gemeinden hatten im Jahr 2022 (ohne Wien) Ausgaben von rund 24 Mrd. Euro. Im Vergleich dazu gab der Bund rund 112 Mrd. und die Bundesländer (ohne Wien) rund 39 Mrd. aus (Prinz, 2024). Allein an diesen Zahlen ist die Relevanz von Gemeinden, als Teil des Staatsgefüges zu erkennen. Gemeinden sind außerdem ein wichtiger Player in Österreichs Wohlfahrtsstaatsgefüge. Auf Gemeindeebene werden wichtige Leistungen der Daseinsvorsorge, der Kinderbetreuung, aber zu einem gewissen Teil auch Sozialleistungen organisiert und zur Verfügung gestellt (Steiner-Hämmerle & Oppitz, 2021). Die Ausgestaltung variiert jedoch zwischen Gemeinden. Dies hat Auswirkungen auf die dort lebende Bevölkerung. So unterscheidet sich zum Beispiel die Qualität der Kinderbetreuung (Arbeiterkammer OÖ, 2022) oder die Lebenssituation generell (WIFO, 2017). Gemeinden insgesamt stehen zudem unter finanziellem Druck. Steigende Pflichtausgaben, die von den Gemeinden selbst nicht beeinflusst werden können, führen dazu, dass sich Handlungsspielräume einschränken (Mitterer et al., 2016, p. 8).

Fragen zur Struktur und Variation von öffentlichen Ausgaben gehören zu Klassikern der Politikwissenschaften. Ein Großteil der Arbeiten legen ihren Analysefokus aber auf die staatliche Ebene. Für die subnationale Ebene finden sich weniger Arbeiten, die Unterschiede zwischen Gemeinden erklären, wobei es auch einige Ausnahmen gibt (Bröthaler et al., 2015; Fiva et al., 2018; Getzner, 2022; Neuhuber & Schneider, 2022; Riedel et al., 2021; Zambrana, 2008). Gemeinsam haben einige dieser Arbeiten, dass sie sich nicht nur auf die Gemeindeebenen fokussieren, sondern, dass sie auch auf politische Repräsentation eingehen. Im Zentrum der Argumentation steht die breite Literatur der Parteiendifferenzthese, die besagt, dass mit der jeweiligen Stärke von Parteien eine

¹ Dieses Paper stellt einen Ausbau meines Masterarbeitsexposee dar und soll als Grundstruktur für meine Masterarbeit dienen, die ich derzeit an der JKU Linz schreibe
Die Repräsentation von Frauen, die im Abstract angekündigt wurde, konnte aus Platz- und Zeitgründen leider nicht in das Paper mitaufgenommen werden. Es werden aber Ergebnisse für Geschlechterquoten im Gemeinderat, wenn auch ohne Interpretation, dargestellt

Variation von Policy Outcomes einhergeht (siehe dafür z.B.: Allan & Scruggs, 2004; Schmidt & Ostheim, 2007). Neben Parteien als Erklärungsfaktor gibt es Arbeiten, die Ausgabenvariationen mit der politischen Repräsentation von Frauen erklären (siehe z.B.: Bolzendahl, 2011; Bolzendahl & Brooks, 2007; Funk & Philips, 2019) Dieses Paper, das die Grundstruktur meiner Masterarbeit wiedergibt, an der ich aktuell schreibe, soll ebenfalls an diese beiden Argumentationsstränge anschließen. Der Fokus soll dabei auf Sozialausgaben liegen. Im Zentrum dieses Papers steht daher die Forschungsfrage, inwiefern Sozialausgaben auf Gemeindeebene durch die Stärke einer Partei und die politische Repräsentation von Frauen, beeinflusst werden. Mein eigener Beitrag ist einerseits die Beschreibung des freizugänglichen Datenmaterials, das auf Rechnungsabschlüssen der Gemeinden basiert. Andererseits schließe ich mit der systematischen Analyse von Sozialausgaben auf Gemeindeebene im Zusammenhang mit Parteeffekten eine Forschungslücke. Zur Beantwortung der Forschungsfrage verwende ich einen Datensatz, der Variablen der politischen Repräsentation und Gemeindefinanzdaten für 365 Gemeinden in Oberösterreich beinhaltet. Je nach verwendeter Variablen steht ein Beobachtungszeitraum von 8 (2012-2018) oder 15 Jahre (2004-2018) zur Verfügung. Als Hauptmodell werden Mixed Effect Models verwendet.

2 Theorie

2.1 Parteien und Sozialausgaben

Die beiden eng verwandten Thesen der Machtressourcen- und Parteiendifferenztheorie rücken organisierte Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und ihre Machtverteilung in den Fokus (Schmidt & Ostheim, 2007, p. 51). Als Machtressource können hohe Organisationsgrade von Gewerkschaften, aber auch hohe Stimmenanteile im Parlament dienen (Korpi, 1983). Diese Macht kann genutzt werden, um die Verteilungspolitik des Staates oder viel grundlegender, die Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates zu beeinflussen. Wie die Literatur zeigt, präferieren linke Parteien dabei eher eine hohe Staatsquote und einen egalitären Sozialstaat (Esping-Andersen, 1990). Im Unterschied zur Machtressourcentheorie berücksichtigt die Parteiendifferenztheorie *„viel stärker das Tun und Lassen sowie die politisch-ideologische Ausrichtung der regierenden Parteien und – in einer erweiterten Form – auch die Rahmenbedingungen institutioneller und sozialökonomischer Art“* (Schmidt & Ostheim, 2007, p. 51). In diesem Sinne kann die

Parteiendifferenztheorie als Erweiterung der Machtressourcentheorie verstanden werden. Ein zentraler Kritikpunkt an den Theorien ist der Umstand, dass sie in Zeiten der wohlfahrtsstaatlichen Expansion formuliert wurden. Durch geänderte Rahmenbedingungen, wie Sparmaßnahmen, aber auch einem anteilsmäßigen Rückgang an Arbeiter:innen und ihrer traditionellen Bindung zu sozialdemokratischen Parteien, kann die Theorie in Frage gestellt werden (Gingrich & Häusermann, 2015; Huber & Stephens, 2001; Pierson, 2001). Trotz der Kritik gibt es zahlreiche Hinweise, dass politische Akteure, wie Parteien, mitsamt ihrer Ideologien und Wählerpräferenzen öffentliche Ausgaben strukturieren (Allan & Scruggs, 2004; Choi et al., 2020; Chueri, 2021; Garritzmann & Seng, 2020; Walenta-Bergmann & Wiß, 2024).

Sozialausgaben können grob in die beiden Kategorien *social investments* und *social consumptions* unterteilt werden. Social investment policies sind Maßnahmen, die in (Weiter)Bildung sowie (aktive) Arbeitsmarktpolitik investieren und das Ziel haben, Personen weniger abhängig von staatlichen Sozialleistungen zu machen. Unter *social consumption policies* können vor allem Geldleistungen verstanden werden, die Einkommensverluste aufgrund von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter oder anderen Ereignissen kompensieren. Erstere werden von höher Gebildeten mit links-liberalen Ansichten präferiert. Zweitere von niedrig Gebildeten, mit niedrigem Einkommen, traditionellen sozialen Werten und eher linken ökonomischen Präferenzen (Garritzmann et al., 2018; Walenta-Bergmann & Wiß, 2024). Meine abhängigen Variablen können nicht völlig eindeutig einer Kategorie zugeteilt werden, bewegen sich aber wohl stark in Richtung *social consumption policies*. Deshalb sollen die Parteipräferenzen mit Fokus auf diese Kategorie beleuchtet werden.

Sozialdemokratische Parteien stützen sich im Wesentlichen auf die traditionelle Arbeiter:innenklasse und eine neue, urbane Mittelschicht. Erstere Gruppe ist eher von geringerer Bildung und geringerem Einkommen gekennzeichnet, von Risiken der Arbeitslosigkeit betroffen und würde deshalb *social consumption policies* bevorzugen. Zweitere Gruppe mit eher höherer Bildung und Einkommen würde demnach eher von *social investment policies* profitieren (Busemeyer et al., 2022; Garritzmann et al., 2018; Gingrich & Häusermann, 2015). Die Grünen, ebenso gestützt von einer gut gebildeten, urbanen und eher jüngeren Mittelschicht würden demnach eher *social investment policies* unterstützen. Die Literatur zeigt aber auch, dass sie Kürzungen von *social*

consumption policies zumindest verhindern (Röth & Schwander, 2021). Mitte-Rechts Parteien werden vor allem von Ein-Personen-Unternehmen, Manager:innen oder großen Arbeitgeber:innen gewählt. Eigentümer:innen von kleinen Unternehmen werden sowohl von Mitte-Rechts-Parteien, wie auch von Radikalen Rechten Parteien umworben. Letztere stützen sich auch stark auf die traditionelle Arbeiter:innenklasse und konkurriert damit mit linken oder sozialdemokratischen Parteien. Unterstützer:innen Mitte-Rechts Parteien bevorzugt eher rechte ökonomische Einstellungen und stehen einem zu generösen Wohlfahrtsstaat kritisch gegenüber (Busemeyer et al., 2022; Oesch & Rennwald, 2018). Das lässt darauf schließen, dass Mitte-Rechts Parteien zumindest gegen die Erhöhung von *social consumptions* auftreten. Radikale Rechte Parteien bewegen sich im Spannungsfeld zwischen ihren Wählergruppen. Ihre Wohlfahrtsstaatspolitik ist aber vor allem von einem Sozialchauvinismus geprägt, in dem es keine Leistungen für *non-deserving-benefits*, die Migrant:innen oder Arme sein können, geben sollte (Busemeyer et al., 2022). Deshalb wird davon ausgegangen, dass Radikale Rechte Parteien *social consumptions*, wie auch *social investments* senken.

Aufgrund dieser Überlegungen können folgende Hypothesen gebildet werden:

H1: Der Gemeinderatsanteil von SPÖ und Grünen erhöht Sozialausgaben

H2: Der Gemeinderatsanteil von ÖVP und FPÖ senkt Sozialausgaben

2.2 Kommunalpolitik

Ob Argumente der Parteiendifferenztheorie auf Kommunalebene zu tragen kommen, hängt davon ab, ob dieser Bereich, wie die darüberliegenden Ebenen, als „politische Arena“ verortet werden kann und ob der budgetäre und rechtliche Handlungs- und Gestaltungsspielraum groß genug ist, um unterschiedliche parteipolitische Präferenzen sichtbar zu machen. Traditionell wurde die Kommunalebene als kommunale Selbstverwaltung gesehen, deren Fokus klar auf der Verwaltung von Aufgaben lag. Dieser Ansatz kennzeichnet sich dadurch, dass ihr Eigenschaften wie Sachlichkeit oder Ideologiefreiheit zugeschrieben werden (Holtmann et al., 2017a, p. 124). Entgegen dieser Zuschreibung gibt es Befunde, die eine Parlamentarisierung beobachten (Naßmacher & Naßmacher, 2007). Dies ist mitunter auch von der jeweiligen Kultur in der Gemeinde und besonders von der Gemeindegröße abhängig. In größeren Gemeinden bietet die Partei, wie auf den Ebenen darüber, eine wichtige Orientierungsfunktion, die es in kleineren Gemeinden vielleicht weniger braucht (Holtmann et al., 2017b). Für einen

Parteienwettbewerb und Parteeffekte würde außerdem die absolute Dominanz der etablierten Parteien auf Gemeindeebene und die untergeordnete Rolle von Listen oder Wählergemeinschaften, sprechen (Anderwald, 2021, p. 10). Zusätzlich könnte argumentiert werden, dass auch vordergründig administrative Entscheidungen, die auf Gemeindeebenen zum Großteil getroffen werden (Hämmerle, 2000), einen politischen Charakter haben können. Wenn Eschenburg 1972 argumentierte, dass es weder eine „christdemokratische Straßenbeleuchtung“, noch eine „sozialdemokratische Bedürfnisanstalt“ (Eschenburg, 1972, p. 137) gäbe, müsste man ihm damit widersprechen.

2.3 Kommunalpolitik und Sozialausgaben

Ich argumentiere, dass Gemeinderät:innen Schlüsselakteure in der Entscheidung um die Gestaltung von Gemeindeausgaben sind. Die Zusammensetzung des Gemeinderats kann deshalb Variationen in der Ausgabengestaltung zwischen Gemeinden beschreiben. Dieser Effekt würde auch für Bürgermeister:innen gelten, die aus Platzgründen aber nicht Teil der Analyse in diesem Paper sind².

Für einen Parteeffekt auf Kommunalebene sprechen eine Reihe von Arbeiten. Riedel et al. (2021) zeigen für Deutschland, dass linke Mehrheiten im Gemeinderat mehr für „people oriented public goods“ und weniger für Infrastruktur ausgeben als Gemeinden mit einer rechten Mehrheit. Getzner (2022) untersucht Kulturausgaben für österreichische Gemeinden und liefert Hinweise, dass SPÖ-Bürgermeister:innen mehr als alle anderen für Kultur ausgeben. Norwegische Gemeinden geben bei einem Mehrheitswechsel von links auf rechts weniger für Kinderbetreuung und mehr für die Betreuung älterer Menschen aus (Fiva et al., 2018). Eine Reihe weiterer Studien legt den Fokus nicht völlig auf Parteeffekte zur Erklärung von Variationen zwischen Gemeinden, streift diesen aber (Bröthaler et al., 2015; Neuhuber & Schneider, 2022; Zambrana, 2008). Der Gemeinderat ist das oberste Organ einer Gemeinde. Er ist verantwortlich für das Gemeindebudget und deshalb auch für Sozialausgaben. Die Entscheidungen des Gemeinderats sind bindend. Dies bedeutet, dass auch die oder der Bürgermeister:in, den Gemeinderat nicht überstimmen kann, was die dominierende Stellung des Gemeinderats beschreibt (Anderwald, 2021; Oppitz, 2021; Stainer-Hämmerle, 2022). Die Kompetenzen

² In meiner Masterarbeit wird der Effekt von Bürgermeister:innen beleuchtet

des Gemeinderats sind in ein förderales System eingebettet. Sehr viele Aufgaben und deshalb auch Politikbereiche werden simultan von Bund, Länder und Gemeinden erledigt. Dadurch gibt es zahlreiche Verflechtungen, die nicht nur Zuständigkeitsbereiche, sondern auch die Finanzierung betreffen (Biwald & Mitterer, 2021, p. 193). Dies bedeutet auch, dass Gemeinden nicht völlig frei über ihre Einnahmen und Ausgaben verfügen können. Im Bereich der Sozialpolitik gibt es in Oberösterreich beispielsweise die Sozialhilfeumlage, deren Höhe gesetzlich geregelt ist und die von Gemeinden an Gemeindeverbände zur Finanzierung von Sozialleistungen (hauptsächlich der Sozialhilfe) überwiesen wird (Mitterer et al., 2016, p. 8; Oberösterreichische Sozialhilfeverbände, 2024). Der Gemeinderat kann somit nicht über die Höhe oder Verwendung dieser Umlage entscheiden. Die Bereitstellung oder Finanzierung dieser Umlage ist nicht nur budgetär, sondern auch generell die Hauptaufgabe von Gemeinden im Bereich der Sozialpolitik. Im Jahr 2021 machte der Anteil der Sozialhilfeumlage 65 % der gesamten Sozialausgaben aus. Dieser Anteil wird durch Statutarstädte stark verzerrt, da diese einer anderen Finanzierungslogik folgen. Werden nur Gemeinden bis zu 20.000 Einwohner:innen betrachtet und damit die Statutarstädte ausgeschlossen, bewegt sich der Anteil der Sozialhilfeumlage zwischen 77 % und 91 % (Hochholdinger & Jonas, 2023, p. 7). Trotz dieser offensichtlichen Restriktion gibt es Bereiche, wenn auch im Vergleich kleine, über die der Gemeinderat frei verfügen kann. Beispiele dafür sind direkte Transfers an private Haushalte zur Unterstützung in bestimmten Notlagen oder die Bereitstellung und Organisation von „Essen auf Rädern“.

3 Daten

3.1 Abhängige Variablen

Meine abhängigen Variablen basieren auf den Rechnungsabschlüssen der Gemeinden, die via *offenerhaushalt.at* je Gemeinde und Jahr heruntergeladen werden können (Zentrum für Verwaltungsforschung, 2023). Da die Gemeinden ihre Rechnungsabschlüsse auf freiwilliger Basis zur Verfügung stellen, sind nicht alle Gemeinden im Datensatz verfügbar. Aufgrund der eigenen Finanzierungslogik der Statutarstädte, werden diese nicht berücksichtigt. Insgesamt befinden sich für

Oberösterreich aber 365 Gemeinden zwischen 2002 und 2018 im Datensatz, was rund 83 %³ aller Gemeinden entspricht.

Zur Bildung von Variablen wird die Systematik der Voranschlags- und Rechnungsverordnung 1997 verwendet. Durch die Gliederung in Ansätze und Untergruppen, die die Mittelverwendung definieren (z.B. Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung) und Posten, die die Art des Mittelfluss näher beschreibt (z.B. Sonstige laufende Transferzahlungen an private Haushalte) können Variablen gebildet werden (Bauer et al., 2008). Mein Fokus liegt auf der Ansatzgruppe 4, die folgt dargestellt ist.

Tabelle 1: Ansatzgruppe Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	
40 Gesonderte Verwaltung	
41 Allgemeine öffentliche Wohlfahrt	
42 Freie Wohlfahrt	423 Essen auf Rädern
43 Jugendwohlfahrt	
44 Behebung Notstände	
45 Sozialpolitische Maßnahmen	
46 Familienpolitische Maßnahmen	
48 Wohnbauförderung	

Ich verwende drei Variablen:

- **Bereinigte Sozialausgaben**

Bereinigte Sozialausgaben stellen die Gesamte Ansatzgruppe 4 mit Ausschluss der Wohnbauförderung und der Sozialhilfeumlage dar. Ersteres wird ausgeschlossen, da die sozialpolitische Zielsetzung hinterfragt werden kann, da in diesem Bereich z.B. auch Darlehensvergaben abgewickelt werden (Walenta-Bergmann & Wiß, 2024). Zweiteres wird ausgeschlossen, da Gemeinden darüber nicht bestimmen können. Die Restgröße wird somit als „freiwillige“ Ausgabe interpretiert. Die möglichen Ausgaben in diesem Bereich können vielfältig sein

³ Gemessen an 438 Gemeinden in Oberösterreich im Jahr 2024. Diese Zahl kann in früheren Jahren aufgrund von Gemeindegemeinschaften abweichen.

und beispielsweise Zuschüssen für Heime aber auch direkte Sozialtransfers umfassen.

- **Sozialtransfers an private Haushalte**

Diese Variable verwendet die Ausgaben der bereinigten Sozialausgaben, umfasst dabei aber nur laufende Transferzahlungen an private Haushalte. Diese umfassen eine Vielzahl an monetären Unterstützungsleistungen von Ausbildungs- oder Umschulungsbeihilfen, Spenden, Wohnbeihilfen, aber auch Grünlandförderungen für Landwirt:innen (Bauer et al., 2008). Dieser Bereich kann somit klar als *social consumption* definiert werden.

- **Ausgaben für Essen auf Rädern**

Ausgaben für Essen auf Rädern werden in der Untergruppe Freie Wohlfahrt erfasst. Gemeinden stellen, meist mit externen Kooperationspartner:innen, betagten und hilfsbedürftigen Menschen warme Verpflegungen (hauptsächlich Mittagessen) zur Verfügung (Bauer et al., 2008). Auch dieser Bereich ist am ehesten *social consumptions* zuzuordnen.

Die Variablen unterteilen sich damit in eine umfassende (Bereinigte Sozialausgaben) und zwei spezifische, wobei diese jeweils auf eine bestimmte Art von Sozialausgaben (Sozialtransfers an private Haushalte) und auf einen bestimmten Bereich von Sozialausgaben (Ausgaben für Essen auf Rädern) abzielen. Durch den Vergleich soll ein robusteres Bild möglicher Parteeffekte gezeichnet werden. Die Variablen werden jeweils als Anteil an den gesamten Gemeindeausgaben (ohne Sozialhilfe und Krankenanstaltenumlage) und als Ausgaben pro Kopf dargestellt. Sämtliche Finanzdaten wurden inflationsbereinigt. Sämtliche Gemeindefinanzdaten sind um Ausreißer bereinigt, die mehr als 3 Standardabweichungen vom Mittelwert entfernt sind. Ganz generell kann an dieser Stelle noch angefügt werden, dass es einer noch umfassenderen Analyse bedürfte, um die Charakteristika der Variablen genau einzuordnen. Ob diese durch eine reine Betrachtung der Rechnungsabschlüsse möglich ist, kann angezweifelt werden.

3.2 Unabhängige Variablen

Meine unabhängigen Variablen bilden den Mandatsanteil der Parteien (ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne) an den Gesamtmandaten im Gemeinderat und basieren auf einem Datensatz von Walenta-Bergmann (2023). Ähnlich wie bei den meisten Studien, die Parteeffekte untersuchen, wird das Argument aufgegriffen, dass sich die Parteienstärke direkt (über

den Gemeinderat) aber auch indirekt (über Beeinflussung der Debatte über beispielsweise Medien) auswirken. Das bedeutet, dass der Einfluss einer Partei auch steigen kann, wenn diese keine relative oder absolute Mehrheit erreicht.

Zusätzlich werden mehrere politische und sozioökonomische Kontrollvariablen ergänzt, um alternative Erklärungsmuster auszuschließen. Die Finanzkraft pro Kopf, die im Bezirksumlagegesetz 1960 definiert ist, kontrolliert, gemeinsam mit den Schulden pro Kopf, der Arbeitslosenquote und dem Bildungsstand die finanziellen und ökonomischen Ressourcen einer Gemeinde. Der Bildungsstand wird als Anteil an Personen mit Abschluss einer höheren Schule oder einem Studium an der Bevölkerung gemessen. Da sich Sozialleistungen und unbezahlte Carearbeit gegenseitig beeinflussen könnten, wird dafür die Erwerbsquote von Frauen, die den Großteil dieser unbezahlten Arbeit übernehmen, kontrolliert (Atchison, 2015). Um mögliche kulturelle oder logistische Unterschiede auszuschließen, wird eine Variable inkludiert, die für urbane und rurale Gebiete kontrolliert⁴. Auf unterschiedliche Gemeindegrößen wird durch das Hinzufügen der absoluten Einwohner:innenzahl reagiert. Alle unabhängigen Variablen werden mit einem lag von einem Jahr in das Model aufgenommen. Es wird daher angenommen, dass Entscheidungen des Gemeinderats im Jahr t , Sozialausgaben im Jahr $t+1$ beeinflussen. Da es sich bei den abhängigen Variablen hauptsächlich um monetäre Transfers handelt und um keine Investitionen, die Vorlaufzeit benötigen würden, erscheint der lag von einem Jahr als realistisch.

4 Methode

Zur Überprüfung der Hypothesen werden Mixed Effect Models (MEM) verwendet. Diese hierarchischen Modelle eignen sich besonders gut für die verschachtelte Struktur (Gemeinderatsregierungsperioden innerhalb von Gemeinden innerhalb von Jahren) meiner Daten. Garritzmann & Seng (2020) empfehlen Mixed Effect Models, da standardmäßige Time Series Cross Sectional Modelle (TSCS-Modelle), die für diese spezielle Datenstruktur nicht kontrollieren, Beobachtungen künstlich aufblähen und zu falschen Ergebnissen führen können. Das liegt daran, dass die erklärenden Variablen

⁴ Diese Variable basiert auf einer Urban-Rural Skala der Statistik Austria, die Gebiete in 11 unterschiedliche Kategorien unterteilt. Die Kategorien 101 bis 103, die urbane Regionen repräsentieren, werden mit 1 codiert; Kategorien 210 und 220, die regionale Regionen präsentieren, werden mit 2 codiert; Kategorien 310 bis 430, die ländliche Regionen präsentieren, werden mit 3 codiert.

Legislaturperioden darstellen, die sich, im Gegensatz zu anderen Kontrollvariablen, nicht jährlich ändern. In meinem Fall liegt der Beobachtungszeitraum bei Verwendung aller Variablen bei 8 Jahren (2012 bis 2018) und bei Ausschluss einiger Variablen bei 15 Jahren (2004-2018). In diesen Perioden liegen zwei Landtags- und Gemeinderatswahlen (2009, 2015) was zwei bzw. drei zu beobachtende Legislaturperioden ergibt. MEM gehen auf diese Struktur ein und können gleichzeitig fixed effects innerhalb von Gemeinden und random effects zwischen den drei Hierarchieebenen (Gemeinderatsperiode, Gemeinde, Jahr) darstellen. Dadurch werden mögliche Effekte konservativer geschätzt (Garritzmann & Seng, 2020).

Für jede Partei wird ein eigenes Modell gerechnet. Für die längere Zeitperiode werden die Variablen Bildung, Finanzkraft, Arbeitslosenquote und Frauenerwerbsquote ausgeschlossen. Als vorläufiger (einziger) Robustness Test werden zusätzlich auch Two-way Fixed Effects Models (2WFE-Modell) gerechnet

5 Ergebnisse

Abbildung 1 zeigt den summierten Anteil an den Gemeinderatsmandaten der einzelnen Parteien über den gesamten verfügbaren Zeitraum. Die Zahlen beziehen sich auf meinen Datensatz und weichen durch die Verwendung der *offenerhaushalt.at* Daten und den Ausschluss der Statutarstädte vom echten Wert ab. Die ÖVP kann im Datensatz durchgehend über 50 % der Gemeinderatsmandate auf sich vereinen. Die SPÖ sinkt bei den zwei Wahlen 2009 und 2015 deutlich von 35 auf rund 23 % ab, während sich die FPÖ im gleichen Zeitraum von 8 % auf rund 20 % steigern kann. Die Grünen legen auf sehr niedrigem Niveau leicht zu und liegen 2019 bei 3 %. Augenscheinlich ist die Dominanz der ÖVP und Irrelevanz der Grünen im Gemeinderat.

Abbildung 1: Anteil der Parteien an den Gemeinderatsmandaten

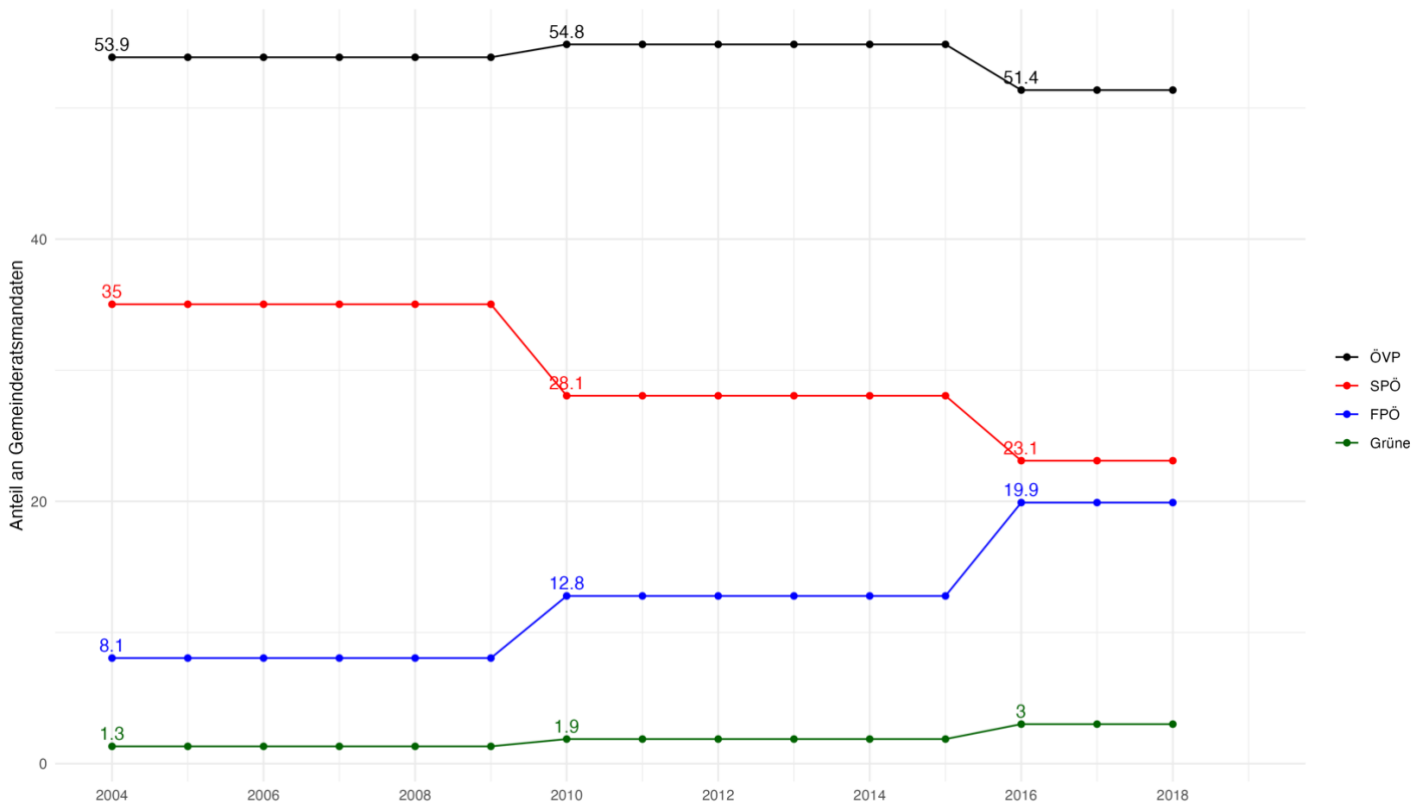


Abbildung 2 beschreibt den summierten Anteil der abhängigen Variablen an den Gesamtausgaben der Gemeinden. Die bereinigten Sozialausgaben steigen im Beobachtungszeitraum leicht von 0,47 % auf 0,58 % der Gesamtausgaben (ohne Sozialhilfe- und Krankenanstaltenumlage). Die Transferzahlungen an private Haushalte stagnieren auf der Höhe von ungefähr 0,07 %. Die Ausgaben für Essen auf Rädern steigen minimal von 0,07 % auf 0,09 % der Gesamtausgaben. Erkennbar ist an diesen Zahlen, dass Sozialausgaben auf Gemeindeebene (ohne die Sozialhilfeumlage) eine sehr untergeordnete Rolle spielen.

Abbildung 2: Sozialausgaben als Anteil an den Gesamtausgaben

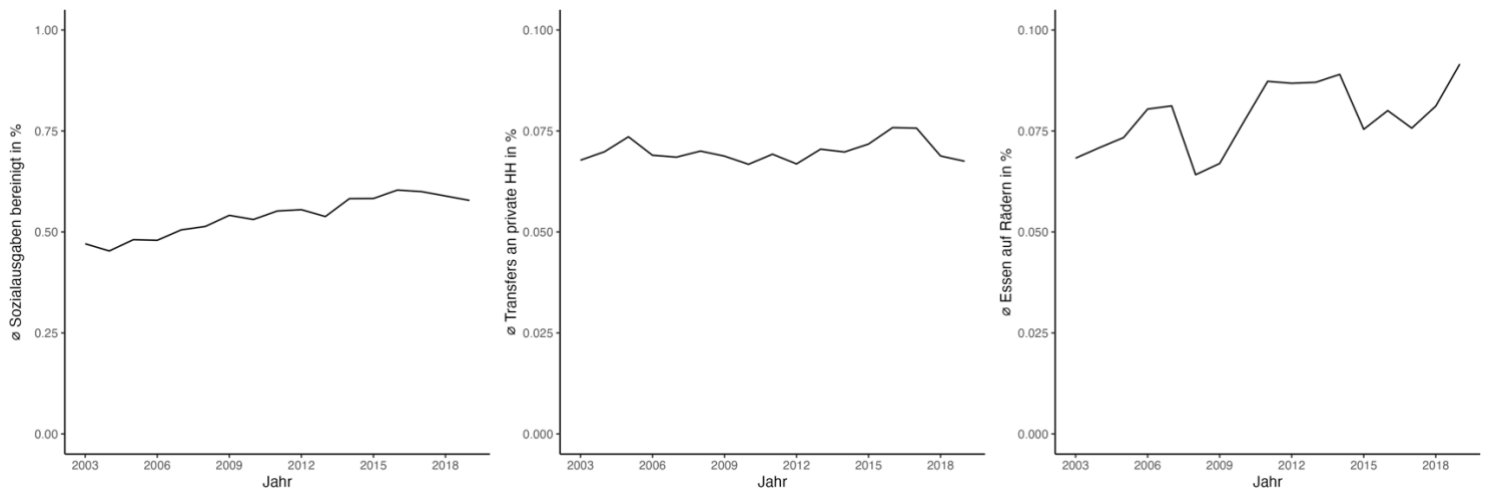
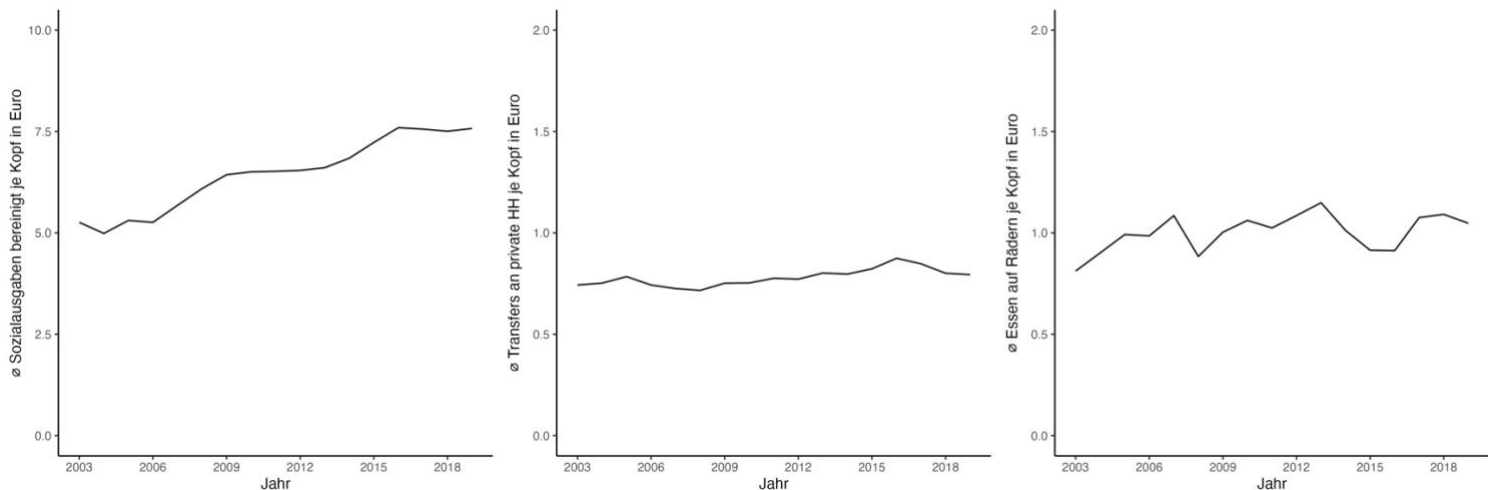


Abbildung 3: Sozialausgaben je Kopf in Euro



Diese untergeordnete Rolle ändert sich auch bei Betrachtung der Sozialausgaben je Kopf nicht. Die bereinigten Sozialausgaben steigen von 5,26 € auf 7,57 €. Transfers an private Haushalte stagnieren mehr oder weniger und legen minimal von 0,74 € auf 0,79 € zu. Die Ausgaben für Essen auf Räder nehmen von 0,81 € auf 1,05 € zu.

5.1 Regressionsergebnisse

In den MEM wurden 365 Gemeinden in einem Zeitraum von 8 Jahren untersucht. In dieser Zeit können 724 Legislaturperioden untersucht werden.

Tabelle 1 zeigt die Regressionsergebnisse des MEM für bereinigte Sozialausgaben pro Kopf. Signifikant positive Ergebnisse liegen für die SPÖ und die Grünen vor. Diese Parteien erhöhen mit der Stärke ihrer Gemeinderatsanteile die bereinigten Sozialausgaben pro Kopf. Die ÖVP reduziert die bereinigten Sozialausgaben pro Kopf mit zunehmender

Mandatsstärke im Gemeinderat. Der Bildungsgrad, der den Anteil der höher Gebildeten misst, ist in allen Modellen signifikant und positiv. Hier wäre grundsätzlich ein negativer Effekt vermutet worden, da ein höheres Bildungsniveau mit einem höheren Einkommen, weniger Nachfrage nach Sozialleistungen vermuten lässt. Die Rural-Urban Variable ist signifikant und in allen Modellen negativ. Urbanere Gemeinden haben demnach höhere Sozialausgaben. Wie erwartet ist die Arbeitslosenrate positiv und signifikant. Eine höhere Arbeitslosigkeit führt zu höheren Sozialausgaben. Ebenso signifikant und positiv ist die Variable der Gesamtbevölkerung, die wie die Rural-Urban Variable andeutet, dass größere Gemeinden höhere Sozialausgaben pro Kopf haben. Sämtliche Ergebnisse behalten, auch unter Verwendung der Variable als Anteil an den Gesamtausgaben (Tabelle XY), ihr Signifikanzniveau.

Die Regressionsergebnisse für die MEM für Sozialtransfers an private Haushalte pro Kopf werden in Tabelle 2 dargestellt. Hier ist nur der Wert der ÖVP signifikant und negativ. Die Kontrollvariablen verhalten sich ähnlich wie in Tabelle 1, wobei die Bildungsvariable nun negativ aber nicht mehr signifikant und auch die Arbeitslosenquote nicht mehr signifikant ist. Die Variable, die den Anteil der Sozialtransfers an private Haushalte an den Gesamtausgaben misst, liefert dieselben Ergebnisse.

Tabelle 3 enthält die Regressionsergebnisse der MEM für die Ausgaben für Essen auf Rädern pro Kopf. SPÖ und Grüne weisen einen signifikant positiven Wert auf, während die ÖVP signifikant negativ ist. Die Finanzkraft pro Kopf ist in allen 4 Modellen positiv. Interessanterweise ist hier auch die Frauenerwerbsquote in den SPÖ- und ÖVP-Modellen positiv. Die Variable der Gesamtbevölkerung ist ebenfalls in allen Modellen signifikant und positiv. Sehr ähnliche Ergebnisse, wobei die Frauenerwerbsquote ihre Signifikanz verliert, können für den Anteil der Ausgaben für Essen auf Rädern an den Gesamtausgaben, festgestellt werden (Tabelle XY).

Die hier präsentierten signifikanten Effekte der erklärenden Variablen der politischen Repräsentation stimmen auch mit jenen Effekten der 2WFE-Modellen (Tabelle XY, XY, XY, XY) überein. Eine Ausnahme bilden die Ausgaben für Essen auf Rädern als Anteil an den Gesamtausgaben (Tabelle XY). Hier erreicht die SPÖ, im Gegensatz zum MEM keine Signifikanzniveau. Insgesamt bestätigen die Ergebnisse der 2WFE-Modelle aber die MEM. H1 kann deshalb bestätigt werden, wenn auch nicht in vollem Umfang. Die SPÖ und Grünen erhöhen bereinigte Sozialausgaben und die Ausgaben für Essen auf Rädern. Für

Sozialtransfers an private Haushalte gibt es aber keine Effekte. H2 kann nur halb bestätigt werden, da sich für die FPÖ für keine Variable signifikante Werte finden lassen. Die ÖVP hat hingegen auf jede Variable einen signifikant negativen Einfluss.

Die Intraclass Correlation Coefficients (ICCs) sind in allen Modellen über alle beobachteten abhängigen Variablen sehr ähnlich. Der größte Anteil der Varianz stammt, wenig überraschend, von Unterschieden zwischen Gemeinden. Der ICC für Gemeinden liegt zwischen 0,68 und 0,89. Die Varianz für die Jahre ist sehr gering und in den meisten Modellen 0. Das könnte daran liegen, dass die Splines für den Großteil der zeitlichen Varianz kontrollieren und dass die zeitliche Varianz generell nicht hoch ist. Der ICC für die Legislaturperiode des Gemeinderats ist ebenfalls gering und liegt zwischen 0,08 und 0,11.

Tabelle 1: Mixed Effects Model: bereinigte Sozialausgaben pro Kopf

	Bereinigte Sozialausgaben pro Kopf			
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE
Gemeinderatsanteil SPÖ t-1	0.081*** (0.016)			
Gemeinderatsanteil ÖVP t-1		-0.089*** (0.014)		
Gemeinderatsanteil FPÖ t-1			-0.008 (0.019)	
Gemeinderatsanteil GRÜNE t-1				0.057* (0.034)
Frauenquote t-1	0.038 (0.032)	0.045 (0.031)	0.069** (0.032)	0.070** (0.032)
Bildungsgrad (hoch) t-1	0.117** (0.050)	0.122** (0.050)	0.110** (0.051)	0.102** (0.052)
Urban-Rural t-1	-1.369* (0.708)	-1.169* (0.702)	-1.361* (0.724)	-1.291* (0.726)
Finanzkraft je Kopf t-1	0.00004 (0.00004)	0.00004 (0.00004)	0.00004 (0.00004)	0.00004 (0.00004)
Schulden je Kopf t-1	0.0001 (0.0001)	0.0001 (0.0001)	0.0001 (0.0001)	0.0001 (0.0001)
Arbeitslosenquote t-1	0.298*** (0.111)	0.286** (0.112)	0.337*** (0.111)	0.332*** (0.111)
Frauenerwerbsquote t-1	-0.022 (0.045)	-0.012 (0.045)	-0.033 (0.045)	-0.031 (0.045)
Gesamtbevölkerung t-1	0.001*** (0.0001)	0.001*** (0.0001)	0.001*** (0.0001)	0.001*** (0.0001)
Spline	0.191*** (0.068)	0.059 (0.076)	0.143* (0.073)	0.124* (0.070)
Constant	1.849 (4.279)	7.947* (4.294)	4.200 (4.344)	4.080 (4.314)
σ Residual	9.44	9.43	9.46	9.45

σ Wahlperiode	3.75	3.65	3.82	3.78
σ Gemeinde	34.26	33.63	35.87	36.02
σ Jahr	0.06	0.11	0.07	0.07
N Wahlperiode	724.00	724.00	724.00	724.00
N Gemeinde	365.00	365.00	365.00	365.00
N Jahr	8.00	8.00	8.00	8.00
ICC Wahlperiode	0.08	0.08	0.08	0.08
ICC Gemeinde	0.72	0.72	0.73	0.73
ICC Jahr	0.00	0.00	0.00	0.00
Observations	2,877	2,877	2,877	2,877
Log Likelihood	-8,145.231	-8,138.864	-8,157.158	-8,155.236
Akaike Inf. Crit.	16,320.460	16,307.730	16,344.320	16,340.470
Bayesian Inf. Crit.	16,409.930	16,397.200	16,433.780	16,429.940
Note:				*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01

Tabelle 2: Mixed Effects Model: Sozialtransfers an private Haushalte pro Kopf

	Sozialtransfers an private HH pro Kopf			
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE
Gemeinderatsanteil SPÖ t-1	0.002 (0.002)			
Gemeinderatsanteil ÖVP t-1		-0.005*** (0.002)		
Gemeinderatsanteil FPÖ t-1			0.001 (0.003)	
Gemeinderatsanteil GRÜNE t-1				0.004 (0.004)
Frauenquote t-1	0.006 (0.005)	0.005 (0.004)	0.006 (0.004)	0.006 (0.004)
Bildungsgrad (hoch) t-1	-0.011 (0.007)	-0.010 (0.007)	-0.011 (0.007)	-0.012 (0.007)
Urban-Rural t-1	-0.378*** (0.107)	-0.366*** (0.107)	-0.377*** (0.107)	-0.375*** (0.107)
Finanzkraft je Kopf t-1	0.00001 (0.00001)	0.00001 (0.00001)	0.00001 (0.00001)	0.00001 (0.00001)
Schulden je Kopf t-1	0.00000 (0.00002)	0.00000 (0.00002)	0.00000 (0.00002)	0.00000 (0.00002)
Arbeitslosenquote t-1	-0.001 (0.014)	-0.003 (0.014)	-0.001 (0.014)	-0.001 (0.014)
Frauenerwerbsquote t-1	0.002 (0.006)	0.003 (0.006)	0.002 (0.006)	0.002 (0.006)
Gesamtbevölkerung t-1	0.0001*** (0.00002)	0.0001** (0.00002)	0.0001*** (0.00002)	0.0001*** (0.00002)
Spline	0.011 (0.012)	0.006 (0.012)	0.009 (0.012)	0.009 (0.012)
Constant	1.844*** (0.591)	2.148*** (0.596)	1.877*** (0.593)	1.906*** (0.589)

σ Residual	0.14	0.14	0.14	0.14
σ Wahlperiode	0.12	0.12	0.12	0.12
σ Gemeinde	0.77	0.78	0.78	0.78
σ Jahr	0.00	0.00	0.00	0.00
N Wahlperiode	722.00	722.00	722.00	722.00
N Gemeinde	365.00	365.00	365.00	365.00
N Jahr	8.00	8.00	8.00	8.00
ICC Wahlperiode	0.11	0.11	0.11	0.11
ICC Gemeinde	0.75	0.75	0.75	0.75
ICC Jahr	0.00	0.00	0.00	0.00
Observations	2,847	2,847	2,847	2,847
Log Likelihood	-2,232.820	-2,229.533	-2,232.979	-2,232.145
Akaike Inf. Crit.	4,495.639	4,489.065	4,495.958	4,494.290
Bayesian Inf. Crit.	4,584.949	4,578.375	4,585.268	4,583.601
Note:				*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01

Tabelle 3: Mixed Effects Model: Ausgaben für Essen auf Rädern pro Kopf

	Ausgaben Essen auf Rädern pro Kopf			
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE
Gemeinderatsanteil SPÖ t-1	0.020*** (0.006)			
Gemeinderatsanteil ÖVP t-1		-0.020*** (0.006)		
Gemeinderatsanteil FPÖ t-1			0.002 (0.007)	
Gemeinderatsanteil GRÜNE t-1				0.026** (0.012)
Frauenquote t-1	0.015 (0.015)	0.017 (0.015)	0.021 (0.015)	0.021 (0.015)
Bildungsgrad (hoch) t-1	0.031 (0.025)	0.032 (0.025)	0.032 (0.025)	0.028 (0.025)
Urban-Rural t-1	-0.404 (0.425)	-0.364 (0.423)	-0.410 (0.429)	-0.387 (0.429)
Finanzkraft je Kopf t-1	0.00004*** (0.00001)	0.00004*** (0.00001)	0.00004*** (0.00001)	0.00004*** (0.00001)
Schulden je Kopf t-1	0.00003 (0.0001)	0.00002 (0.0001)	0.00003 (0.0001)	0.00002 (0.0001)
Arbeitslosenquote t-1	-0.006 (0.036)	-0.013 (0.035)	-0.007 (0.036)	-0.010 (0.035)
Frauenerwerbsquote t-1	0.027* (0.015)	0.027* (0.015)	0.024 (0.015)	0.024 (0.015)
Gesamtbevölkerung t-1	0.0004*** (0.0001)	0.0004*** (0.0001)	0.0004*** (0.0001)	0.0004*** (0.0001)
Spline	0.007 (0.026)	-0.021 (0.023)	-0.010 (0.026)	-0.011 (0.024)
Constant	-1.717	-0.146	-1.179	-1.080

	(1.938)	(1.937)	(1.949)	(1.937)
σ Residual	0.87	0.87	0.87	0.87
σ Wahlperiode	0.86	0.86	0.86	0.85
σ Gemeinde	13.21	13.10	13.47	13.47
σ Jahr	0.01	0.00	0.00	0.00
N Wahlperiode	713.00	713.00	713.00	713.00
N Gemeinde	361.00	361.00	361.00	361.00
N Jahr	8.00	8.00	8.00	8.00
ICC Wahlperiode	0.06	0.06	0.06	0.06
ICC Gemeinde	0.88	0.88	0.89	0.89
ICC Jahr	0.00	0.00	0.00	0.00
Observations	2,799	2,799	2,799	2,799
Log Likelihood	-4,966.671	-4,964.876	-4,970.929	-4,968.002
Akaike Inf. Crit.	9,963.341	9,959.752	9,971.858	9,966.005
Bayesian Inf. Crit.	10,052.400	10,048.810	10,060.910	10,055.060
Note:				*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01

6 Resümee & Diskussion

Gemeinden spielen im wohlfahrtsstaatlichen Gefüge eine wesentliche Rolle. Im Bereich der sozialen Wohlfahrt treten sie in Oberösterreich hauptsächlich als Finanzier von Sozialleistungen in Erscheinung. Dies geschieht über die Sozialhilfeumlage, über die Gemeinden nicht selbst verfügen können (Mitterer et al., 2016, p. 8; Oberösterreichische Sozialhilfeverbände, 2024). Abzüglich dieser Umlage bleibt eine Restgröße, die als „freiwillige“ Ausgabe interpretiert werden könnte. Bis zu welchem Grad es sich hier um freiwillige Ausgaben handelt, muss im Zuge meiner Masterarbeit noch genauer analysiert werden. Dafürsprechen würde die Varianz der abhängigen Variable zwischen den Gemeinden (Tabelle XY). Dagegensprechen würden finanziell angespannte Gemeindehaushalte, die den möglichen Handlungsspielraum des Gemeinderats einschränken (Mitterer et al., 2016). Weiters gibt es Thesen, wonach die Kommunalebene eine „sachliche“ Ebene sei und alleine deshalb Parteieneffekte weniger Rolle spielen würden (Holtmann et al., 2017b). Gegen diese Darstellung sprechen eine Reihe von Studien, die ihren Fokus auf Gemeindeausgaben und die Rolle der Parteien richten (Bröthaler et al., 2015; Fiva et al., 2018; Getzner, 2022; Neuhuber & Schneider, 2022; Riedel et al., 2021) und nicht zuletzt meine eigenen Ergebnisse in diesem Paper. Ob Parteieneffekte gefunden werden oder nicht, wird stark von den verwendeten abhängigen Variablen beeinflusst (Bandau & Ahrens, 2020). Um hier robustere Ergebnisse zu erhalten, wurden alle Variablen als Anteil an den Gesamtausgaben und pro Kopf dargestellt und in

den Modellen gerechnet. Die Ergebnisse stimmen zum überwiegenden Großteil überein, was bedeuten sollte, dass es kein Problem mit der Codierung der Variablen gibt. Die Variablen könnten aber grundsätzlich in Frage gestellt werden. Dabei könnte argumentiert werden, dass Sozialausgaben mehr sind als die Ausgaben in der Ansatzgruppe „Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung“ (wobei Wohnbauförderung exkludiert wurde) und dass Bereiche wie Gesundheit (Ansatzgruppe 5) miteingeschlossen werden müssen, um ein ganzheitlicheres Bild zu bekommen. Auch wenn dies schlüssig und für zukünftige Analyse ertragreich sein könnte, hat meine Vorgehensweise, nur eine Ansatzgruppe, aber diese im Detail zu betrachten den Vorteil robustere Ergebnisse zu erhalten. Die verwendeten Variablen enthalten umfassende (Bereinigte Sozialausgaben) und spezielle (Sozialtransfers an private Haushalte, Ausgaben für Essen auf Rädern) Ausgabenvarianten. Weisen alle Ergebnisse einer Partei in dieselbe Richtung, kann wohl eher von einem Zusammenhang ausgegangen werden. Die ÖVP hat in allen drei Modellen eine signifikant negative Auswirkung auf die Variable. SPÖ und Grüne haben in allen drei Modellen eine positive Auswirkung, wobei diese nur bei Sozialtransfers an private Haushalte nicht signifikant ist. Die FPÖ erreicht in keinem Model das Signifikanzniveau. Die Ergebnisse bestätigen damit weite Teile der Literatur. Eine stärkerer Mandatsanteil von SPÖ und Grünen (ÖVP) führt zu höheren (niedrigeren) Sozialausgaben. Die nicht signifikanten Ergebnisse der FPÖ lassen sich schwer interpretieren. Eventuell könnte es auf Kommunalebene an einem zu wenig scharfen Profil liegen, dass dazu führt, dass weder mehr noch weniger Sozialausgaben befürwortet. Wie bereits erwähnt, kann in diesem Paper nicht trennscharf zwischen *social consumption* und *social investment policies* unterschieden werden. Ein weiterer Punkt, auf den im Paper nicht eingegangen wurde, ist der Unterschied zwischen Ausgaben und Nettoausgaben. Ausgaben, die für die Variablen verwendet wurde, können gesetzte Schwerpunkte im Gemeindebudget (mehr Ausgaben für Essen auf Rädern, könnte mehr Kund:innen und größeren logistischen Aufwand bedeuten, ohne das die Nettoausgaben zwingend erhöht werden) beschreiben. Nettoausgaben geben die Bereitschaft der Gemeinde wieder, Geld für einen bestimmten Bereich zuzuschießen. Bisher durchgeführte Analysen im Zuge dieser Arbeit, haben zu keinen (großen) Unterschiede geführt. Eine genauere Betrachtung wäre aber noch notwendig. Zu guter Letzt kann noch der begrenzte Zeitraum mancher Kontrollvariablen angeführt werden. Ein längerer Zeitraum würde die Validität der Ergebnisse erhöhen.

Trotz der angeführten Restriktionen gibt diese Arbeit Hinweise darauf, dass Parteieneffekte auf Kommunalebene existieren und dass Sozialausgaben von Parteienstärken beeinflusst werden.

7 Literaturverzeichnis

- Allan, J. P., & Scruggs, L. (2004). Political Partisanship and Welfare State Reform in Advanced Industrial Societies. *American Journal of Political Science*, 48(3), 496–512. <https://doi.org/10.1111/j.0092-5853.2004.00083.x>
- Anderwald, K. (2021). Gemeindepolitik in Österreich. In K. Stainer-Hämmerle & F. Oppitz (Eds.), *Handbuch Gemeindepolitik* (2. Auflage, pp. 3–27). Verlag Österreich.
- Andreotti, A., & Mingione, E. (2016). Local welfare systems in Europe and the economic crisis. *European Urban and Regional Studies*, 23(3), 252–266. <https://doi.org/10.1177/0969776414557191>
- Atchison, A. (2015). The Impact of Female Cabinet Ministers on a Female-Friendly Labor Environment. *Journal of Women, Politics & Policy*, 36(4), 388–414. <https://doi.org/10.1080/1554477X.2015.1082882>
- Bandau, F., & Ahrens, L. (2020). The impact of partisanship in the era of retrenchment: Insights from quantitative welfare state research. *Journal of European Social Policy*, 30(1), 34–47. <https://doi.org/10.1177/0958928719868446>
- Bauer, H., Hafner, G., & Mitterer, K. (2008). *Kontierungsleitfaden für Gemeinden und Gemeindeverbände*. KDZ.
- Beck, N. (2001). TIME-SERIES –CROSS-SECTION DATA: What Have We Learned in the Past Few Years? *Annual Review of Political Science*, 4(1), 271–293. <https://doi.org/10.1146/annurev.polisci.4.1.271>
- Beck, N. (2009). Time-Series Cross-Section Methods. In J. M. Box-Steffensmeier, H. E. Brady, & D. Collier (Eds.), *The Oxford Handbook of Political Methodology* (1st ed., pp. 475–493). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199286546.003.0020>
- Biwald, P., & Mitterer, K. (2021). Die Rolle der Gemeinden im Finanzausgleich. In K. Steiner-Hämmerle & F. Oppitz (Eds.), *Handbuch Gemeindepolitik* (2nd ed., pp. 191–225). Verlag Österreich. <https://doi.org/10.33196/9783704688538>
- Bolzendahl, C. (2011). Beyond the Big Picture: Gender Influences on Disaggregated and

Domain-Specific Measures of Social Spending, 1980–1999. *Politics & Gender*, 7(1), 35–70. <https://doi.org/10.1017/S1743923X10000553>

Bolzendahl, C., & Brooks, C. (2007). Women’s Political Representation and Welfare State Spending in 12 Capitalist Democracies. *Social Forces*, 85(4), 1509–1534. <https://doi.org/10.1353/sof.2007.0061>

Bröthaler, J., Getzner, M., & Haber, G. (2015). Sustainability of local government debt: A case study of Austrian municipalities. *Empirica*, 42(3), 521–546. <https://doi.org/10.1007/s10663-014-9261-3>

Busemeyer, M. R., Rathgeb, P., & Sahm, A. H. J. (2022). Authoritarian values and the welfare state: The social policy preferences of radical right voters. *West European Politics*, 45(1), 77–101. <https://doi.org/10.1080/01402382.2021.1886497>

Choi, Y. J., Huber, E., Kim, W. S., Kwon, H. Y., & Shi, S.-J. (2020). Social investment in the knowledge-based economy: New politics and policies. *Policy and Society*, 39(2), 147–170. <https://doi.org/10.1080/14494035.2020.1782577>

Chueri, J. (2021). Social policy outcomes of government participation by radical right parties. *Party Politics*, 27(6), 1092–1104. <https://doi.org/10.1177/1354068820923496>

Ervik, B. (2015). Does the Mayor’s Party Brand Matter? The Prospect of Statewide Parties’ Policy in Local Government. *Local Government Studies*, 41(3), 339–361. <https://doi.org/10.1080/03003930.2013.836493>

Eschenburg, T. (1972). *Kritische Betrachtungen 1966—1970*. Piper.

Esping-Andersen, G. (1990). *The three worlds of welfare capitalism*. Polity Press.

Fiva, J. H., Folke, O., & Sørensen, R. J. (2018). The Power of Parties: Evidence from Close Municipal Elections in Norway. *The Scandinavian Journal of Economics*, 120(1), 3–30. <https://doi.org/10.1111/sjoe.12229>

Funk, K. D., & Philips, A. Q. (2019). Representative Budgeting: Women Mayors and the Composition of Spending in Local Governments. *Political Research Quarterly*, 72(1), 19–33. <https://doi.org/10.1177/1065912918775237>

Garrizmann, J. L., Busemeyer, M. R., & Neimanns, E. (2018). Public demand for social investment: New supporting coalitions for welfare state reform in Western Europe? *Journal of European Public Policy*, 25(6), 844–861. <https://doi.org/10.1080/13501763.2017.1401107>

Garrizmann, J. L., & Seng, K. (2020). Party effects on total and disaggregated welfare

spending: A mixed-effects approach. *European Journal of Political Research*, 59(3), 624–645. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12371>

Getzner, M. (2022). Socio-economic and spatial determinants of municipal cultural spending. *Journal of Cultural Economics*, 46(4), 699–722. <https://doi.org/10.1007/s10824-021-09435-2>

Gingrich, J., & Häusermann, S. (2015). The decline of the working-class vote, the reconfiguration of the welfare support coalition and consequences for the welfare state. *Journal of European Social Policy*, 25(1), 50–75. <https://doi.org/10.1177/0958928714556970>

Hämmerle, W. (2000). *Zwischen Konkurrenz und Konsens*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-663-11928-9>

Hibbs, Jr., D. A. (1977). Political Parties and Macroeconomic Policy. *The American Political Science Review*, 71(4), 1467–1487.

Hochholdinger, N., & Jonas, M. (2023). *Fact Sheets Soziales und Pflege. Grundlagen und Finanzierung von Pflege und Sozialhilfe*. KDZ.

Hochholdinger, N., Mitterer, K., & Seisenbacher, M. (2020). *Zentralörtliche Funktion in OÖ Städten und deren Abgeltung im Transfersystem*. KDZ.

Holtmann, E., Rademacher, C., & Reiser, M. (2017a). *Kommunalpolitik: Eine Einführung*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-94096-0>

Holtmann, E., Rademacher, C., & Reiser, M. (2017b). ‚Sachpolitik‘ statt ‚Parteienstreit‘ im Rathaus? In E. Holtmann, C. Rademacher, & M. Reiser, *Kommunalpolitik* (pp. 123–150). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-531-94096-0_5

Huber, E., & Stephens, J. D. (2001). *Development and crisis of the welfare state: Parties and policies in global markets*. The University of Chicago Press.

Kasper, C., & Wineroither, D. M. (2021). Leadership in der Gemeinde. In K. Stainer-Hämmerle & F. Oppitz (Eds.), *Handbuch Gemeindepolitik* (2. Auflage, pp. 125–145). Verlag Österreich.

Korpi, W. (1983). *The Democratic Class Struggle* (1st ed.). Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780429441714>

Mitterer, K., Biwald, P., & Haindl, A. (2016). *Länder-Gemeinde-Transferverflechtungen. Status und Reformoptionen der Transferbeziehungen zwischen Ländern und Gemeinden*. KDZ.

- Naßmacher, H., & Naßmacher, K.-H. (2007). *Kommunalpolitik in Deutschland* (2., völlig überarb. und aktualisierte Aufl.). VS, Verl. für Sozialwiss.
- Neuhuber, T., & Schneider, A. (2022). The role of municipal and provincial social expenditure in reducing local income inequality. *Der Öffentliche Sektor - The Public Sector* 48(1): 61-70. <https://doi.org/10.34749/OES.2022.4629>
- Oberösterreichische Sozialhilfeverbände. (2024). *Oberösterreichische Sozialhilfeverbände*. <https://www.shv.at/gs/index.php>
- Oesch, D., & Rennwald, L. (2018). Electoral competition in Europe's new tripolar political space: Class voting for the left, centre-right and radical right. *European Journal of Political Research*, 57(4), 783–807. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12259>
- Oppitz, F. (2021). Die Gemeinde: Organisation und Aufgaben aus rechtlicher Sicht. In K. Stainer-Hämmerle & F. Oppitz (Eds.), *Handbuch Gemeindepolitik* (2. Auflage, pp. 157–165). Verlag Österreich.
- Pierson, P. (Ed.). (2001). *The new politics of the welfare state*. Oxford University Press.
- Prinz, B. (2024). Gebarungsübersichten 2022. *Statistik Austria*.
- Riedel, N., Simmler, M., & Wittrock, C. (2021). Do political parties matter? Evidence from German municipalities. *German Economic Review*, 22(2), 153–198. <https://doi.org/10.1515/ger-055-19>
- Schmidt, M. G., & Ostheim, T. (2007). Die Lehre von der Parteiendifferenz. In M. G. Schmidt, T. Ostheim, N. A. Siegel, & R. Zohnhöfer (Eds.), *Der Wohlfahrtsstaat* (pp. 51–62). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90708-6_4
- Stainer-Hämmerle, K. (2022). Die Gemeinden. In K. Praprotnik & F. Perlot (Eds.), *Das Politische System Österreichs: Basiswissen und Forschungseinblicke* (1st ed., pp. 243–270). Böhlau Verlag. <https://doi.org/10.7767/9783205215950>
- Steiner-Hämmerle, K., & Oppitz, F. (Eds.). (2021). *Handbuch Gemeindepolitik* (2nd ed.). Verlag Österreich. <https://doi.org/10.33196/9783704688538>
- Walenta-Bergmann, C. (2021). *Does Local Political Representation affect the Childcare Coverage Rate in Austrian Municipalities?* [Preprint]. SocArXiv. <https://doi.org/10.31235/osf.io/v23rq>
- Walenta-Bergmann, C. (2023). *Political Representation in Austrian Municipalities (SUF edition)* [Dataset]. AUSSDA. <https://doi.org/10.11587/JL4AY1>
- Walenta-Bergmann, C., & Wiß, T. (2024). The politics of subnational social policy: Social

consumption versus social investment in Austria. *Journal of European Social Policy*, 34(4), 477–491. <https://doi.org/10.1177/09589287241258605>

Welan M. (2008). Der Bürgermeister in Niederösterreich. In I. Willmann, S. Pfäffli, & M. Heike (Eds.), *Politische Führung von Gemeinden: Eine Einführung in die Praxis*. Rüegger.

WIFO. (2017). *WIFO-Index zur Lebenssituation*.

<https://www.wifo.ac.at/wwadocs/Seiten/Lebenssituationen/index.html>

Zambrana, C. (2008). *The role of municipal councils in social expenditure: How does politics determine social expenditure?* 453.

Zentrum für Verwaltungsforschung. (2023). *Offener Haushalt*.

<https://offenerhaushalt.at/>